

Peter Heuer, *Der Annahmeverzug im älteren deutschen Privatrecht*. Heidelberg, Winter 1911. 96 S. 8°. (= *Deutschrechtliche Beiträge*, herausgegeben von Konrad Beyerle VI, 1).

Die vorliegende Arbeit gehört zur leider noch recht kurzen Reihe von Studien über deutsches Privatrecht. Schon deshalb kann man sie mit Freude begrüßen. Aber auch der Inhalt bietet manches Erfreuliche. Der Verfasser hat sichtlich mit Fleiß gearbeitet. Daß er den Quellenstoff nicht erschöpft hat, wird nur der bemängeln, der die Bücher nach der Zahl der Zitate wertet. Denn die wesentlichsten Quellen sind immerhin durchgegangen und es fehlen alle sicheren Anhaltspunkte dafür, daß da oder dort noch mehr zu holen gewesen wäre; womit ich nicht behaupten möchte, daß nicht vielleicht Urkundenbücher noch einige kleinere Ergänzungen hätten geben können.

Die Arbeit zerfällt in zwei Teile, deren erster die Voraussetzungen des Annahmeverzugs behandelt, während der zweite die Wirkungen des Annahmeverzugs darstellt. Die Ergebnisse, die der Verfasser am Schlusse zusammenfaßt, entsprechen im wesentlichen denen, die v. Amira für das nordgermanische Recht bis jetzt gefunden hat. Die Leistung muß, damit der Gläubiger in Annahmeverzug gerät, ordnungsmäßig angeboten sein, in der Regel realiter, ausnahmsweise verbaliter; echte Not des Gläubigers kann auch dann noch den Eintritt des Verzugs hintanhaltend. Durch den Verzug wird der Schuldner zwar nicht von der Leistung frei, es hört aber seine allenfallsige Zinspflicht auf und seine Haftung für zufälligen Untergang entfällt. Außerdem kann sich der Schuldner auf verschiedene Weise nunmehr der Leistung entledigen, indem er sie ihrem Schicksal überlassen oder verkaufen oder hinterlegen darf.

All dies setzt Verf. klar und gut systematisiert auseinander, so daß seine Arbeit auch da nicht ohne Wert ist, wo sie zu schon bekannten Ergebnissen kommt. Nicht immer einwandfrei ist die Art und Weise, wie Verf. zu seinen Resultaten gelangt. Insbesondere kann ich mich damit nicht befreunden, daß an Punkten, an denen Quellenstellen über den Verzug nicht zu Gebote stehen, ohne weiteres solche über die Leistung in die Lücke geschoben werden. Wenn z. B. eine Quelle erklärt, es müsse so und so geleistet werden, damit die Schuld erfüllt ist, so ist damit nicht gesagt, daß auch die Leistung so und so angeboten sein muß, damit Annahmeverzug eintreten kann. Dies wird in der Regel so sein, aber als sicher darf man es nicht voraussetzen.

Eigenartig ist eine lange Polemik gegen v. Amira, v. Gierke und Puntchart, denen gegenüber Verf. zu beweisen sucht, daß es keine Gläubigerschuld gibt. Die ganze Polemik beruht nur darauf, daß Verf. nicht verstanden hat, was die von ihm bekämpfte Gläubigerschuld ist. Um eine Verpflichtung des Gläubigers, um eine „Annahmepflicht“, handelt es sich dabei allerdings nicht.

Die Zitate sind, einigen Stichproben nach, zuverlässig. Doch

wäre der Schwsp. besser nach Laßberg zitiert worden und für Gotlandslag kann nur die Ausgabe von Schlyter oder allenfalls die von Pipping verwendet werden.

München.

v. Schwerin.

A. Coulin, Der gerichtliche Zweikampf im altfranzösischen Prozeß und sein Übergang zum modernen Privatzweikampf. Erster Teil: Der gerichtliche Zweikampf im altfranzösischen Prozeß. Mit einem Vorwort von Josef Kohler. Berlin, Guttentag 1906. XVIII und 169 S. 8°.

Alexander Coulin, Dr. iur. und Dr. phil., Verfall des offiziellen und Entstehung des privaten Zweikampfes in Frankreich. (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, hgg. von Otto Gierke, 99. Heft). Breslau, M. und H. Marcus, 1909. XX und 150 S. 8°.

I. Dem ursprünglichen Plane nach beabsichtigte der Verf. in den hier anzuzeigenden beiden Schriften „den Übergang von dem gerichtlichen Zweikampf zum Privatzweikampf in Frankreich darzulegen“.

Demgemäß bringt uns die erstangeführte Arbeit eine systematische Darstellung des gerichtlichen Zweikampfes im altfranzösischen Recht (vom Ende des 11. bis Mitte des 15. Jahrhunderts). Die Periode der Volksrechte scheidet C. aus seiner Untersuchung aus. Hier greifen als willkommene Ergänzung zwei neuere Untersuchungen ein: die sorgfältige Arbeit von Alexander Gál, Der Zweikampf im fränkischen Prozeß, in dieser Zeitschrift XXVIII (1907) S. 236—289 und J. Declareuil, A propos de quelques travaux récents sur le duel judiciaire, in Nouvelle revue historique de droit français et étranger XXXIII (1909) p. 73—95.

Einleitend umschreibt C. den Begriff des gerichtlichen Zweikampfs, den er im Sinne Felix Dahns als „ursprünglich ein in das ordentliche Verfahren beim Versagen der ordentlichen Beweismittel eingelegtes Stück Fehde“ charakterisiert, wobei anzumerken gewesen wäre, daß dies nicht die herrschende Auffassung ist. In den Volksrechten erscheint der Zweikampf sodann als Gottesurteil und bleibt es bis zu seinem Verschwinden aus dem prozessualen Verfahren.

Das erste Kapitel („Das materielle Kampfrecht“) behandelt die Stellung des Zweikampfs im altfranzösischen Beweissystem und ist zweifellos das schwächste des ganzen Buches. Wir erfahren lediglich, daß der Zweikampf im 13. Jahrhundert in Zivilsachen „noch allgemein üblich“ war, daß er in Strafsachen noch zwei Jahrhunderte länger bestanden habe (S. 13), unter Aufzählung der Fälle, in denen er sich findet, bzw. jener wenigen recht heterogenen, in denen er in Zivilsachen un-